

Der vorgesehene Ausbau der alternativen Energien zur Absenkung der Energiepreise ist stromversorgungstechnisch wie kostenmäßig hoffnungslos

geschrieben von Admin | 21. Oktober 2023

Diese Regierung lebt von ihrer Ideologie des Abbaus von anthropogenen CO₂-Emissionen sowie der Kernenergie, einfachste technische, geschweige denn Kosten/Nutzen -Analysen gehören nicht zu ihrem Repertoire

von Erhard Beppler

Fazit

Die Energiepreise laufen davon, nun soll ein schneller Ausbau der alternativen Energien Abhilfe schaffen. Dieses Wunschdenken wird am Beispiel der Entwicklung der Solarstromerzeugung behandelt.

Z.Z. entstehen bei der Installierten Solarstromleistung von etwa 70 GW im Sommer um die Mittagszeit Solarstromspitzen von etwa 40 GW bei einem Strombedarf tagsüber von knapp 70 GW, nachts von etwa 50 GW.

Diese Stromspitzen steigen in 7 Stunden von 0 auf 40 GW an und fallen in 7 Stunden wieder auf null ab bei stündlichen Zu- und Abnahmen von im Mittel 5,8 GW/h und bis zu 8,5 GW/h in der Spitze.

Der Ausgleich dieser schnellen Veränderungen über 7 Stunden erfolgt z.Z. im Wesentlichen über die Stromerzeugung über Braunkohle (3 GW), Kohle (2 GW), Erdgas (4,1 GW), Pumpspeicher (5 GW) und Nettostromimport (15,4 GW).

40 GW entsprechen einer Leistung von etwa 40 Großkraftwerken oder etwa 80 Gaskraftwerken mittlerer Größe (0,5 GW).

Bis 2030 soll nun die installierte Solarleistung auf 210 GW angehoben werden (Windleistung auf 115 GW), d. h. eine Verdreifachung der installierten Solarleistung. Nur noch die Gaskraftwerke sollen in 2030 die Stromlücken schließen sowie ein Leistungsangebot über Wasserstoff von 10 GW.

Die Verdreifachung des Stromangebotes über Solaranlagen bedeuten dann im Sommer um die Mittagszeit eine Anhebung und anschließende Absenkung der Solarstromspitze in 7 Stunden nicht mehr auf 40 GW sondern auf 3 X 40 GW = 120 GW entsprechend einer Kapazität von 120 Großkraftwerken oder 240 Gaskraftwerke mittlerer Größe.

Die stündliche Veränderung der Solarleistung sowohl beim Anstieg wie bei der Absenkung liegt dann in 7 Stunden nicht mehr durchschnittlich bei 5,8 GW/h sondern in 2030 bei durchschnittlich 17 GW/h mit Spitzen von 26,6 GW/h.

Wenn in 2030 in der Mittagszeit die Solarspitzen von z.Z. 40 GW auf 120

GW ansteigen, müssten bei einem Strombedarf tagsüber von knapp 70 GW zur „Freude“ der Besitzer von Solaranlagen etwa 50 GW abgeregelt oder exportiert werden (ggf. zum Teil über Pumpspeicherwerke für viel Geld gespeichert werden).

Die verbleibenden 70 GW müssten dann bei gleichzeitiger Abregelung aller anderen Energieträger von etwa 16.30 bis 20.00 Uhr im Sommer in 3,5 Stunden über 140 Gaskraftwerke ausgeglichen werden oder 20 GW/h (40 Gaskraftwerke), ohne Abregelung wären 120 GW in 7 Stunden mit 240 Gaskraftwerken auszugleichen oder durchschnittlich 17 GW/h.

Im Falle von Dunkelflauten im Winter über z.B. 10 Tage müssten im gegebenen Fall in 2030 140 Gaskraftwerke die 70 GW abdecken.

Habeck geht von einem Gesamtausbau von nur 50 Gaskraftwerken in 2030 aus.

Da weder 140, geschweige denn 240 Gaskraftwerke bis 2030 gebaut werden können, müssen Kohlekraftwerke zwingend am Netz bleiben.

Für die Erzeugung von Wasserstoff über den Solarstromüberschuss in der Mittagszeit dürfte das schwankende Stromangebot über Solaranlagen wohl kaum geeignet sein.

Das vorgesehene Leistungsangebot von 10 GW über Wasserstoff in 2030 ist bei dieser Problemlage vernachlässigbar.

Da die Solarstromerzeugung im Winter praktisch gegen null geht, muss die Bereitstellung von 210 GW in 2030 in Frage gestellt werden.

Bei diesem Stand der Technik in 2030 macht es keinen Sinn, eine Diskussion der Verhältnisse in 2045 (Klimaneutralität) vorzunehmen, da zur Anwendung der H₂-Technologie für alle Sektoren der Stromverbrauch verzehnfacht werden müsste bei einem gleichzeitigen entsprechenden Anstieg der Solarspitzen um die Mittagszeit, wo auch immer die H₂-Herstellung vorgenommen wird.

1. Einleitung

Die Energiepreise laufen davon, die Industrien wandern ab.

Nun soll ein schnellerer Ausbau der alternativen Energien den Preisanstieg stoppen.

Der folgende Beitrag beschreibt erneut die Hoffnungslosigkeit der deutschen Energiepolitik am Beispiel der nicht lösbaren Probleme durch die Schwankungsbreiten der „Zufallsenergien“ Wind und Sonne.

2. Bestandsaufnahme der Entwicklung der Stromenergieträger von Januar bis August 2023

Bild 1 zeigt die Entwicklung der Energieträger zur Stromerzeugung in Deutschland von Januar bis August 2023. (1)

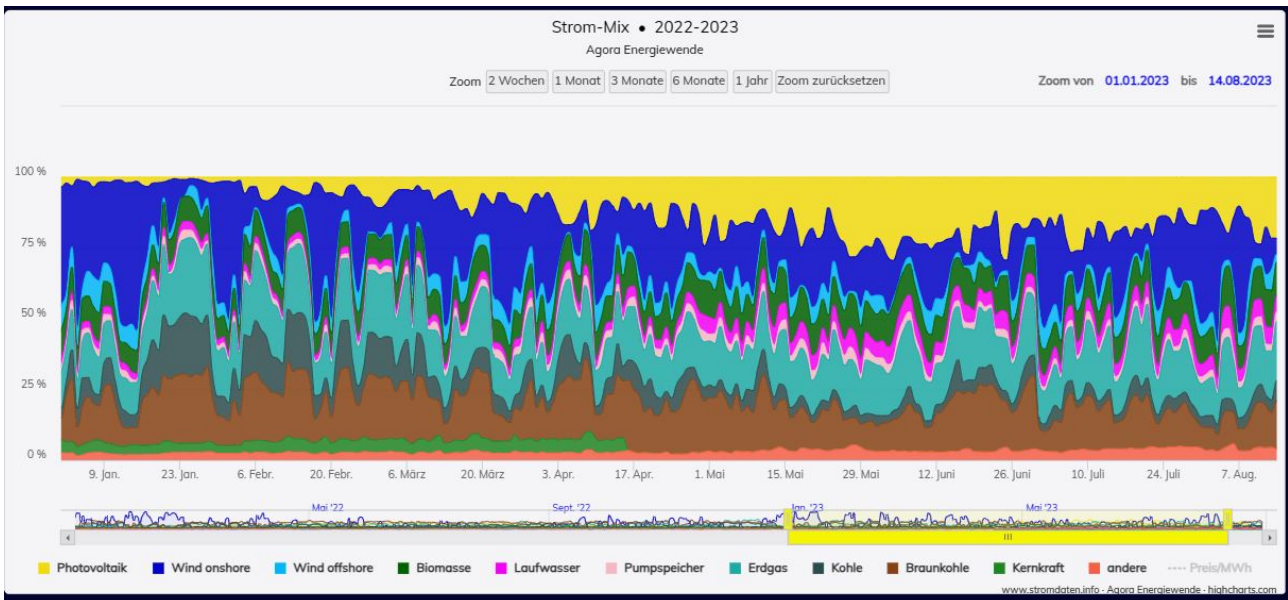


Bild 1: Entwicklung der Energieträger Januar bis August 2023

Wetterbedingt nehmen die „Zufallsenergien“ Solar bis Mitte des Jahres zu, die Windenergie leicht ab, ebenso die Energieträger Braunkohle und Kohle.

Die Schwankungsbreiten der „Zufallsenergien“ werden insbesondere durch Braunkohle, Kohle und Erdgas ausgeglichen (vgl. später). Die Stromerzeugung über Kernkraft endete bereits im April 2023.

In einer Darstellung von August 2023 sind die Solar- und Windstromspitzen deutlich zu erkennen (Bild 2). (2) Während die Solarspitzen einer zeitlichen Folge unterliegen, sind die Spitzen über Wind rein stochastisch.

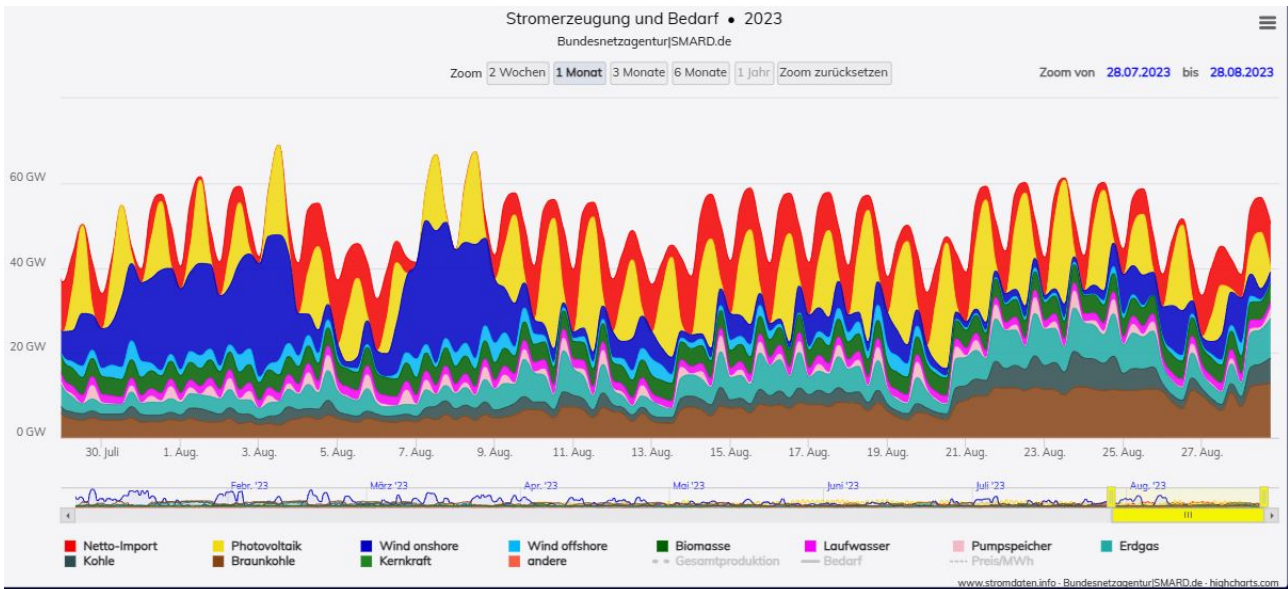


Bild 2: Solar – und Windstromspitzen im August 2023 einschließlich Stromnettoimporte

Zusätzlich sind in diesem Bild die Stromnettoimporte (Import-Export) dargestellt. Auch nach Aussage des Statistischen Bundesamtes wurde der

Wegfall der Kernenergie durch vermehrte Stromimporte ausgeglichen. Erwartungsgemäß steigen mit den Nettoimporten die Strompreise (Bild 3). Der fehlende Strom wird durch diverse Staaten ausgeglichen. (3)

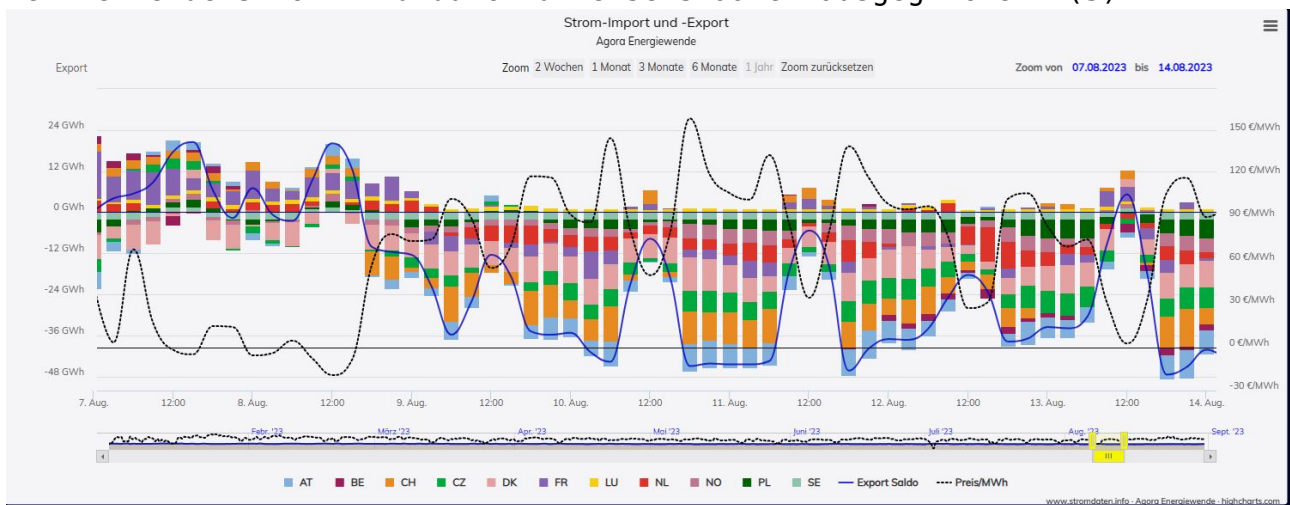


Bild 3: Stromimporte und -exporte sowie Entwicklung der Strompreise

Die Strompreise schwanken im Zeitraum 7.-14.08.2023 zwischen -30 Euro/MWh (0,03 Euro/KWh) und 130 Euro/MWh (0,13 Euro/KWh).

3. Der Stromausgleich bei den auftretenden Solarstromschwankungen in 2023

Um Stromstillstände zu vermeiden, müssen Stromerzeugung und Stromverbrauch stets in einem engen Gleichgewicht stehen. In Bild 2 waren die Solarstromspitzen für den Zeitraum 30.07.- 27.08 2023 dargestellt worden.

Im Folgenden wird am Beispiel der Solarstromspitze am 11.08.2023 der Leistungsverlauf des Stromangebotes über die Zeit quantitativ sichtbar gemacht, um auf das Problem der Anhebung der Stromerzeugung über Wind- und Solaranlagen aufmerksam zu machen.

Die Sonne ging am 11.08. gegen 6.00 Uhr auf, hatte ihren Zenit um 13.00 Uhr und ging gegen 20.00 Uhr wieder unter.

Dabei stieg bei der z.Z. installierten Solarleistung in Deutschland von etwa 70 GW die Stromleistung über Solar zwischen 6.00 und 13.00 Uhr auf 40,6 GW an (Bild4a)

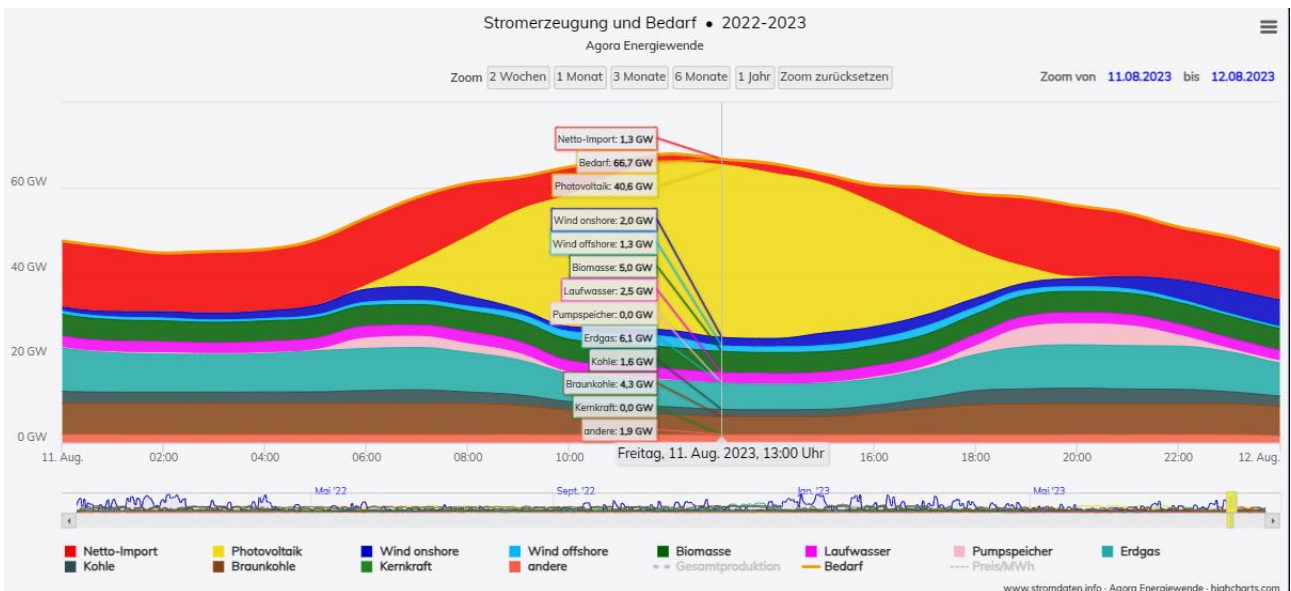


Bild 4a: Anstieg Solarspitze am 11.08.2023

und fiel von 13.00 und 20.00 Uhr auf null GW wieder ab. (Bild 4b) (4)

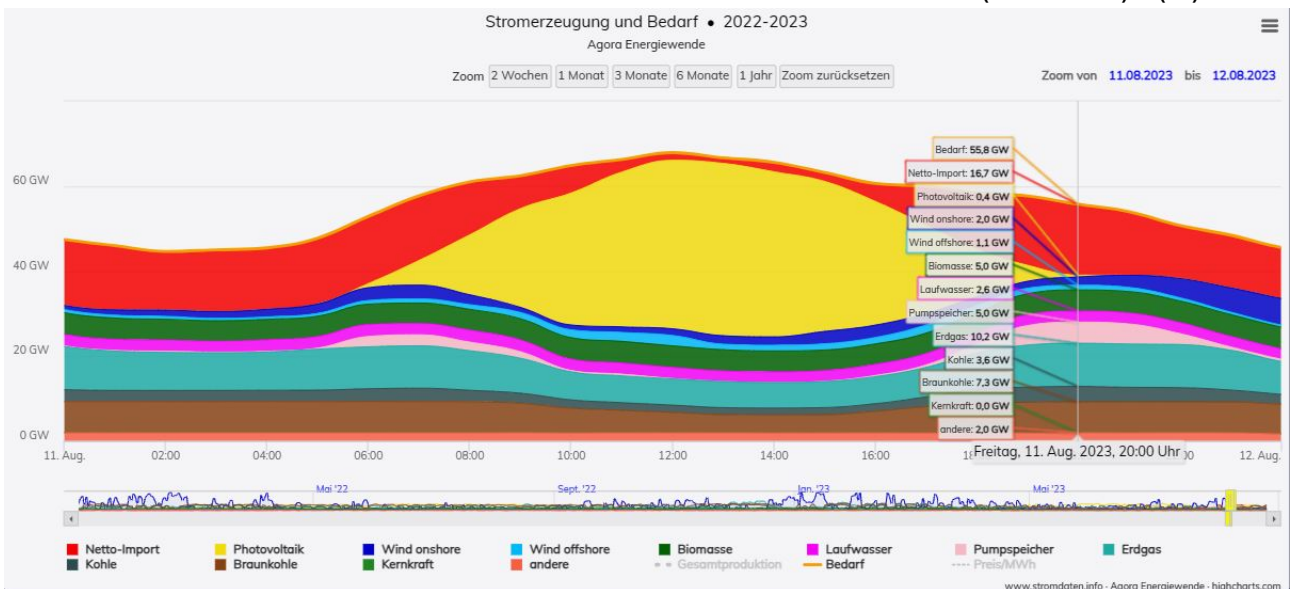


Bild 4b: Abfall Solarspitze am 11.08.2023

Das Problem der Stromversorgungssicherheit soll hier nur beim Abfall aufgezeigt werden.

Während der Solarstromspitze um 13.00 Uhr und dem Sonnenuntergang setzten sich die Stromversorger wie folgt zusammen (Tafel 1):

Uhrzeit	13.00 Uhr <u>(Bild 4a)</u> GW	20.00 Uhr <u>(Bild 4b)</u> GW	Differenz GW
Andere	1,9	2,0	
Braunkohle	4,3	7,3	+3,0
Kohle	1,6	3,6	+2,0
Erdgas	6,1	10,2	+4,1
Pumpspeicher	0	5,0	+5,0
Laufwasser	2,5	2,6	
Biomasse	5,0	5,0	
Wind offshore	1,3	1,1	
Wind onshore	2,0	2,0	
Solar	40,6	0,4	-40,2
Nettoimport	1,3	16,7	+15,4
Strombedarf	66,7	55,8	-10,9

Die stündlichen zeitlichen Abnahmen der Stromleistung von 13.00 bis 20.00 Uhr lagen wie folgt (Tafel 2) (auf die für 2030 hochgerechneten Stromleistungen wird im nächsten Kapitel eingegangen):

Uhrzeit	2023		2030	
	GW	GW/h	GW	GW/h
13	40,6		120	
15	35,3	5,3	106	14
16	29,1	6,4	87,3	18,7
17	20,7	8,4	62,1	25,2
18	12,2	8,5	36,6	25,5
19	3,8	8,4	11,4	25,2
20	0	3,8	0	11,4
Durchschnitt		5,8		17,1

Aus Tafel 1 wird deutlich, dass der Leistungsabfall Solar von 40,2 GW im Wesentlichen ausgeglichen wird durch das Hochfahren der Braunkohlekraftwerke um 3 GW, der Kohlekraftwerke um 2 GW, der Gaskraftwerke um 4,1 GW, den Pumpspeicherwerken um 5 GW und nicht zuletzt durch die Zunahme des Nettostromimportes (Import-Export) über das Ausland von 15,4 GW.

Schließlich wurde auch noch der Strombedarf um 10,9 GW zurückgefahren, eine Folge des Rückganges der abendlichen Stromnachfrage.

Das Stromangebot über Solaranlagen sank in 7 Stunden von 40,6 GW auf praktisch null, in der Spitze um 8,5 GW/h oder durchschnittlich 5,8 GW/h. (Tafel 2).

Großkraftwerke leisten 1 GW, d. h. theoretisch wären für den Ausgleich

von 40,6 GW ohne die z.Z. noch nutzbaren Maßnahmen 40 Großkraftwerke oder 80 Gaskraftwerke mittlerer Größe (0,5 GW) erforderlich.
Bis 2030 werden gerade noch die Gaskraftwerke durchgewunken (woher sie auch immer kommen mögen), danach im Wasserstoffzeitalter auch diese nicht mehr.

4. Das Stromversorgungsproblem durch den Zubau an alternativen Energien in 2030

Nun soll in Deutschland in 2030 die installierte Solarstromleistung von z.Z. etwa 70 GW auf 210 GW (etwa hälftig auf Dach- und Freiflächen) angehoben werden bei gleichzeitigem Verzicht auf Strom aus Braunkohle und Kohle. Außerdem wird die Windstromleistung auf 115 GW erhöht, 30 GW davon über Wind offshore.

Die Anhebung der Solarleistung von 70 auf 210 GW entspricht einer Verdreifachung der jetzigen Solarstromleistung in 2030.

Damit wird in 7 Stunden von 13.00 bis 20.00 Uhr im Sommer das Stromangebot über die Solaranlagen nicht mehr um 40 GW sondern auf $3 \times 40 = 120$ GW auf null absinken, in der Spitze nicht mehr um 8,5 GW/h oder durchschnittlich um 5,8 GW/h sondern in der Spitze um 25 GW/h oder durchschnittlich etwa 17,1 GW/h

Größenordnungsmäßig entspricht ein solcher Abfall einer Kapazität von etwa 120 Großkraftwerken oder etwa 240 Gaskraftwerken mittlerer Größe oder durchschnittlich 17,1 Großkraftwerken/Stunde oder 34 Gaskraftwerken/Stunde. (Tafel 2)

Abgemildert wird dieser Abfall nur durch 5 GW über Pumpspeicher. (Tafel 1) Mit einem Stromangebot über europäische Importe (15,4 GW) wird nicht mehr zu rechnen sein, da viele Staaten den Einsatz von C-haltigen Energieträgern zurücknehmen werden. Schließlich muss ein Industrieland wie Deutschland Stromselbstversorger sein.

Nicht zuletzt kann auch durch eine plötzliche Wolkenbildung das Stromangebot über Sonne von 120 GW in kurzer Zeit massiv unterbrochen werden.

Der Strombedarf schwankt z.Z. wochentags mittags um knapp 70 GW, nachts um etwa 50 GW. (Bilder 4 a,b) Bei einer Stromleistung über Solar mittags um 120 GW müssten dann 50 GW abgeregelt oder exportiert werden bei gleichzeitiger Abregelung aller anderen Energieträger. Ein Export wird an dem weltweiten Zubau der Solaranlagen scheitern. Eine teilweise Stromspeicherung über Pumpspeicherwerke würde die ohnehin hohen Strompreise noch weiter ansteigen lassen.

Wenn die Solarspitzen von 120 GW auf den Strombedarf von knapp 70 GW tagsüber zur „Freude“ der Besitzer von Solaranlagen abgeregelt werden, müssten von etwa 16.30 bis 20.00 Uhr etwa 70 GW in 3,5 Stunden über 140 Gaskraftwerke ausgeglichen werden oder 20 GW/h (vgl. Tafel 2), ohne Abregelung müssten 120 GW in 7 Stunden mit 240 Gaskraftwerken ausgeglichen werden oder 17,1 GW/h.

Stromspeicher sind nur für eine Stunde vorhanden. Im Falle von Dunkelflauten im Winter müssten in 2030 im gegebenen Fall 140 Gaskraftwerke 70 GW abdecken.

Habeck geht von einem Gesamtzubau von insgesamt 50 Gaskraftwerken in 2030 aus. (5)

Da weder 140, geschweige denn 240 Gaskraftwerke bis 2030 hergestellt werden können, müssen Kohlekraftwerke zwingend am Netz bleiben.

Da die Solarstromerzeugung im Winter praktisch zu vernachlässigbar ist, muss bei einer Abregelung die Bereitstellung der 210 GW in 2030 in Frage gestellt werden

Nach Aussage der Bundesregierung sollen in 2030 10 GW über Wasserstoff als einen Beginn in das komplette Wasserstoffzeitalter in 2045 beigestellt werden. Das entspricht dann einer Zurverfügungstellung von 2750 t H₂/Tag bzw. 1 Mio. t H₂/Jahr. (6)

Das ist für einen kurzfristig zu schließende Leistungslücke von 120 GW in 7 Stunden oder 70 GW in 3,5 Stunden vernachlässigbar, ausreichende H₂-Speicher sind nicht vorhanden.

Wie erwähnt sollen in 2030 über Wind 115 GW (davon 30 GW über offshore) und 210 GW über Sonne ans Netz gehen.

Bei Nutzungsgraden für Wind offshore (35%), Wind onshore (25%) und Solar (10%) errechnet sich für 2030 eine mittlere Leistung von 53,3 GW einschließlich Biomasse von 64,1 GW. (7)

Nun wird der Kauf von 15 Mio. E-Autos bis 2030 gepriesen, was einem Leistungsbedarf von 33 GW entspricht. (8) Wird der Einsatz von Wärmepumpen mit einer hoch angesetzten Leistungszahl von 3 bei der Raumwärme angesetzt, ist weiterhin eine Leistung von 20 GW (ohne H₂-Technologie) erforderlich. (8) Das ergibt in Summe in 2030 eine Leistung im Mittel von

$64,1 + 33 + 20 = 117$ GW, fast eine Verdopplung der jetzigen Stromleistung.

Welche Energieträger für diese Leistungssteigerung von 64,1 auf 117 GW herangezogen werden sollen, wird nicht kundgetan.

Würde in 2030 die H₂-Technologie bereits komplett angewandt, so läge die Stromleistung im Mittel bei

$64,1 + 40$ (H₂-Anwendung Strom) + 33 + 20 + 15 (H₂-Anwendung Wärme) = 172 GW,

eine Verdreifachung der Stromleistung gemessen an heute. (7)

Dafür wäre eine tägliche H₂-Menge von 31 900 t/Tag erforderlich oder 12 Mio. t jährlich. (7)

Die z.Z. von der Bundesregierung geplante H₂-Beistellung von 10 GW in 2030 entspräche einer täglichen H₂-Menge von 2759 t H₂/Tag, nicht einmal 10 % des erforderlichen Bedarfes. (7)

5. Die Aussichten der ausschließlichen Stromerzeugung einschließlich aller Sektoren über alternative Energien in 2045 (Klimaneutralität)

In den bisherigen Betrachtungen waren die Energieverbräuche von Strom, 15 Mio. E-Autos und Wärme diskutiert worden.

In 2045 sollen dann alle Sektoren auf die H₂-Technologie umgestellt werden. Die dafür erforderliche Leistung liegt dann bei 602 GW (bei einem täglichen H₂-Bedarf von 119 000 t), etwa eine Verzehnfachung der jetzigen Stromleistung. (8)

Die bei ausschließlicher Stromerzeugung über Wind und Sonne erforderlichen Stromspeicher sollen über Wasserstoff betrieben werden. Die täglichen Solarspitzen von heute von 40 GW dürften dann etwa um den Faktor 10 ansteigen, ohne das hier vertiefen zu wollen. Da der überwiegende Teil der H₂-Mengen zwangsläufig im Ausland hergestellt werden muss, verlagert sich das Problem entsprechend der dort hergestellten H₂-Menge auch dorthin.

Es macht wenig Sinn, die Frage von Dunkelflauten im Winter unter diesen gegebenen Verhältnissen zu diskutieren.

6. Schlussbetrachtung

Nach der Aussage des IPCC ist der CO₂-Anstieg der Atmosphäre seit dem Beginn der Industrialisierung ausschließlich auf die vom Menschen ausgestoßenen CO₂-Emissionen zurückzuführen und die Erde soll verglühen, wenn der anthropogene CO₂-Ausstoß nicht auf null reduziert wird (Klimaneutralität).

Z.Z. sollen von den jährlichen weltweiten anthropogenen Emissionen von etwa 10 GtC/a entsprechend etwa 4 ppm 50% in die Atmosphäre gelangen, sichtbar an dem CO₂-Anstieg der Atmosphäre von 2 ppm/a und dort über Jahrhunderte verbleiben und die andere Hälfte wird in gleichen Teilen (je 25%) vom Ozean und der Biomasse aufgenommen.

Aus Bild 5 (9) wird jedoch über einfache Stoffbilanzen deutlich, dass der Anstieg des anthropogenen CO₂ von 1870 bis 2020 nur bei etwa 5 ppm liegt, der CO₂-Anstieg aus natürlichen Quellen jedoch bei 115 ppm. Diese Aussage basiert ausschließlich auf gemessenen Daten.

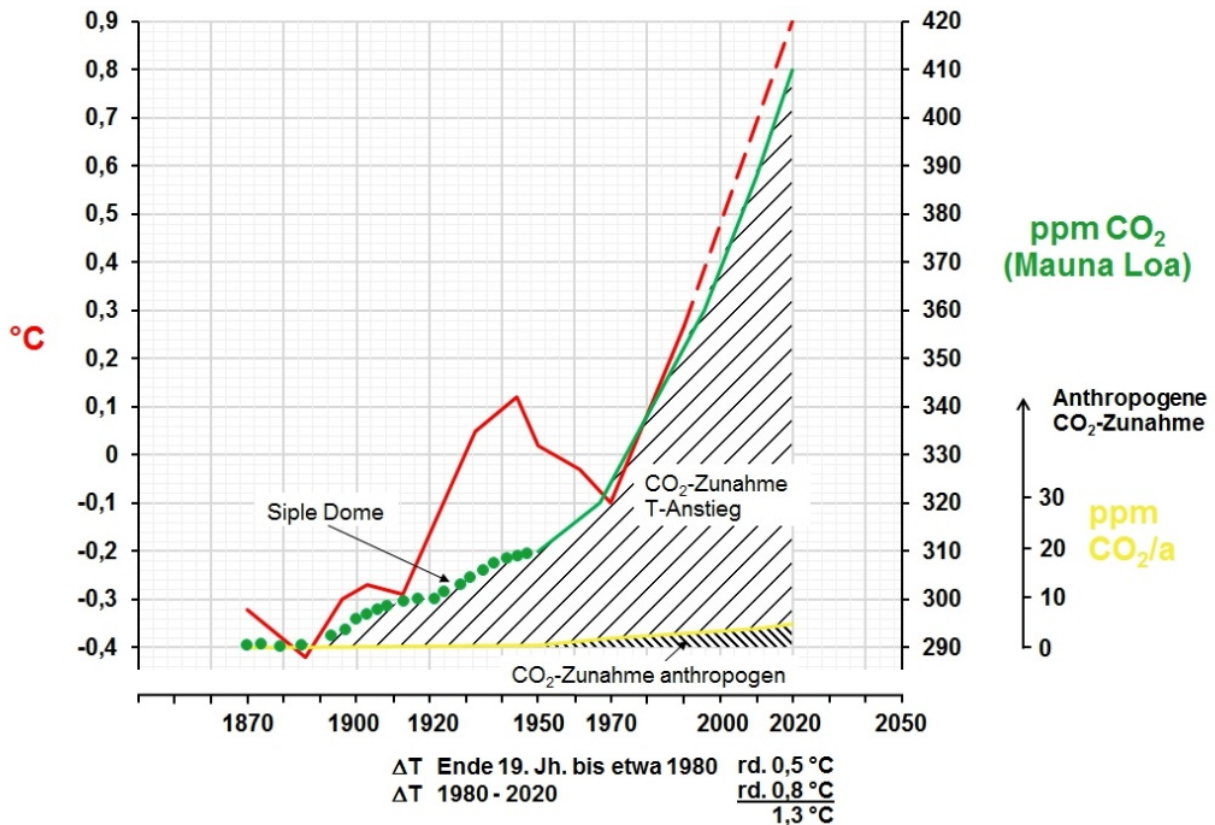


Bild 5: Anstieg der anthropogenen wie der gemessenen CO₂-Gehalte

Stoffbilanzmäßig gilt (Tafel 3):

	1870	1970	2020
a) CO ₂ anthropogen (ppm)	0	1	5
b) - CO ₂ natürliche Quellen (ppm)	290	315-1	410-5
- CO ₂ -Zunahme gemessen an 1870 (ppm)		24	115

Wenn vom IPCC seit Beginn der Industrialisierung ein ausschließlicher CO₂-Anstieg der Atmosphäre aus anthropogenen Quellen genannt wird, so werden beiden Größen (CO₂ anthropogen und CO₂ natürlich) deutlich unterschiedliche Reaktivitäten zugesprochen, obwohl das physikalisch-chemische Verhalten beider Größen gleich ist.

Weiterhin muss hervorgehoben werden:

Nach Bild 5 liegt der anthropogene CO₂-Eintrag in die Atmosphäre über menschliche Emissionen erst 1970 gerade einmal bei 1 ppm (Tafel 3, a). Wo soll dann nach der Aussage des IPCC der beträchtliche CO₂-Anstieg der Atmosphäre bis 1970 von 24 ppm (Tafel 3 b) herkommen, selbst bei einer Unterstellung einer Verweilzeit des CO₂ anthropogen in der Atmosphäre von Hunderten von Jahren?

Nun stellt sich auch noch heraus, dass der vom IPCC geforderte ausschließliche CO₂-Anstieg der Atmosphäre durch anthropogene Emissionen nach 2010 nicht zutreffen kann, da seit 2010 der anthropogene CO₂-Eintrag in die Atmosphäre praktisch gleich geblieben ist (Bild 6) (10), obwohl die CO₂-Gehalte der Atmosphäre nach Bild 5 zwanglos weiter

ansteigen.

CO₂-Emissionen weltweit in den Jahren 1960 bis 2021 (in Millionen Tonnen)

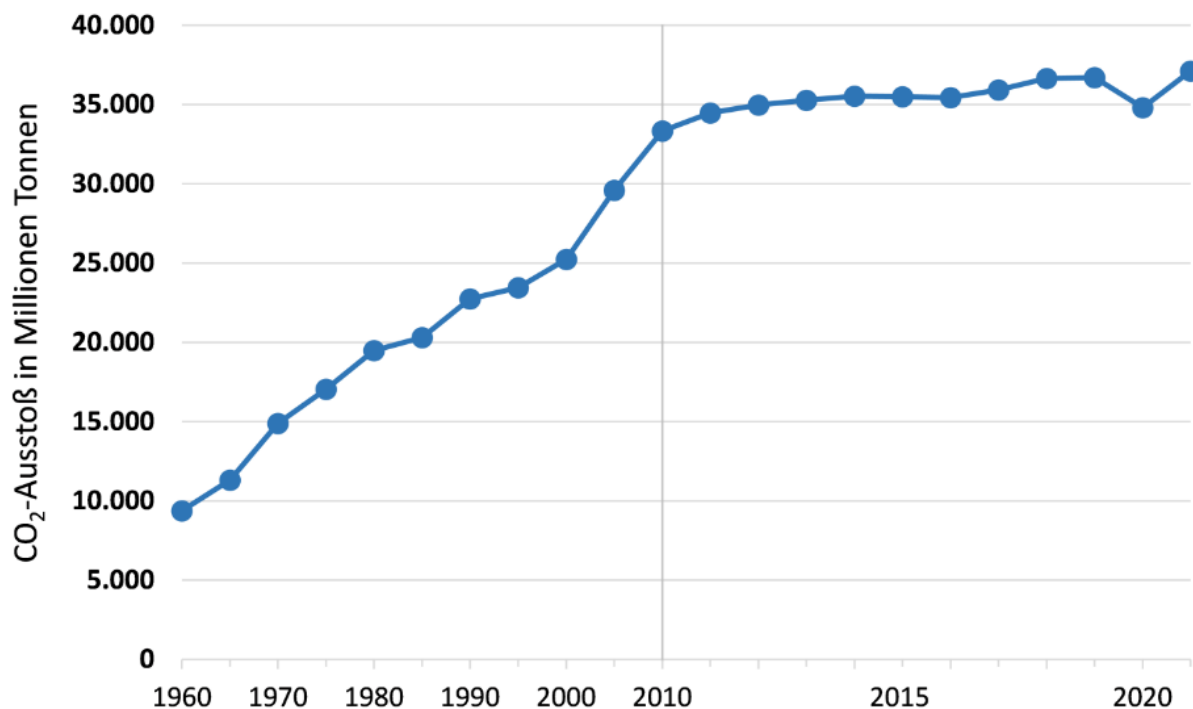


Bild 6: Entwicklung der anthropogenen CO₂-Emissionen 1960 bis 2021

So überrascht auch nicht, dass der in der Corona-Zeit (2020) gemessene weltweite Abfall des Eintrages der anthropogenen CO₂-Emissionen in die Atmosphäre in einem Abfall der gemessenen CO₂-Gehalte der Atmosphäre nicht gefunden werden konnte. (Bild 6) (10)

Die Aussage des IPCC zum ausschließlichen Anstieg der CO₂-Gehalte der Atmosphäre über anthropogene Emissionen entbehrt damit einfachster Grundlagen.

Die politischen Eliten dieses Landes einschließlich der affinen Medien verbreiten diese Falschaussagen, getragen durch eine vom IPCC ausgelösten Ideologie der Angst seit den 1980er Jahren, die am Ende mit einem Verglühen der Erde ohne den menschlichen CO₂-Abbau enden soll. Das erinnert geradezu an klassische Dramen.

Die Kosten für diese Energiewende würden nicht überschaubare Dimensionen annehmen. Deutschland zahlte alleine in 2022 6,4 Milliarden Euro an Entwicklungsländer für die Klimaanpassung.

Das traurigste Kapitel der deutschen Technikgeschichte wird in Deutschland zu mittelalterlichen Verhältnissen führen.

Diese Regierung lebt von ihrer Ideologie des Abbaus der anthropogenen CO₂-Emissionen sowie der Kernenergie, selbst einfachste technische, geschweige denn Kosten/Nutzen-Analysen zu diesen Fragestellungen gehören nicht zu ihrem Repertoire.

7. Quellen

1. Agora Energiewende: Strom-Mix
2. Bundesnetzagentur SMARD.de: Stromerzeugung und Bedarf
3. Agora Energiewende: Strom- Import und -Export
4. Agora Energiewende: Stromerzeugung und Bedarf
5. „Weltwoche“ vom 18.07.2023
6. Beppler, E.: „Wieviel Wasserstoff erfordert die Klimaneutralität in 2045 auf dem Wege über 2030 und welcher Energieverbrauch ist damit verknüpft“; EIKE, 30.06.2023
7. Beppler, E.: „Eine technische Analyse von Habecks „Osterpaket“ zum schnelleren Ökostromausbau“; EIKE, 04.06.2023
8. Beppler, E.: „Die Anwendung der H2-Technologie in allen Sektoren verschlingt Unmengen an Energie und Fläche“; EIKE, 14.07.2021
9. Beppler, E.: „Quantifizierung der marginalen CO2-Gehalte in der Atmosphäre - ein seit Jahrzehnten überfälliger Schritt“; EIKE, 26.12.2020
10. Beppler, E.: „Das Märchen vom Einfluss der anthropogenen CO2-Emissionen auf das Klima und die Konsequenzen“; EIKE, 15.12.2022

Es gab und gibt keine deutsch-französische Partnerschaft – besonders nicht in der Energiepolitik. Fischbrötchendiplomatie ändert daran nichts.

geschrieben von Admin | 21. Oktober 2023

von Edgar L. Gärtner

In der 41. Kalenderwoche des Jahres 2023 konnten nicht nur die Franzosen, sondern auch viele Süddeutsche noch spätsommerliche Temperaturen genießen. Wir verdanken diese Gnade offenbar dem El Niño-Phänomen. Doch mit dem nahenden Winter wächst die Angst vor Energieknappheit beziehungsweise untragbaren Energiepreisen. Diese Angst bekommt durch den grausamen Überraschungsangriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel neue Nahrung. So war es kein Wunder, dass das Thema Energie in der historisch ersten zweitägigen deutsch-

französischen Kabinettsklausur, zu der Bundeskanzler Olaf Scholz die Regierungsmitglieder der beiden Nachbarstaaten zum Wochenbeginn in seine Heimatstadt Hamburg eingeladen hatte, eine wichtige Rolle spielte. Greifbare Ergebnisse gab es allerdings nicht. Es gab keine Resolution oder sonstige gemeinsame Abschlusserklärung. Dafür aber zur Beruhigung des Publikums Lippenbekenntnisse zur deutsch-französischen Freundschaft wie diese: „Frankreich und Deutschland sind ein ganz wichtiges Paar für Europa.“ (Olaf Scholz) oder: „Wenn Frankreich und Deutschland sich nicht verstehen, ist ganz Europa blockiert.“ (Emmanuel Macron).

Emmanuel Macron hat am 25. September 2023 in einer Grundsatzrede zur ökologischen Planung angekündigt, die französische Regierung werde die Gestaltung der Strompreise selbst in die Hand nehmen und nicht warten, bis die Debatten in Brüssel und Straßburg über die Umgestaltung des europäischen Systems der Strompreisfindung nach dem Merit-Order-Prinzip zu einem Ergebnis gelangt sind. In diesem System bestimmen bekanntlich die hohen Produktionskosten der Gaskraftwerke die Endverbraucherpreise. Die französischen Stromkunden hätten demgegenüber Anspruch, in den Genuss der niedrigen Produktionskosten der Kernkraftwerke zu gelangen, die mit 70 Prozent zum französischen Strommix beitragen. Die Gestehungskosten von Nuklearstrom liegen derzeit in Frankreich zwischen 60 und 70 €/MWh. Noch in diesem Monat sollen die zukünftigen Preise für den französischen Strommarkt bekanntgegeben werden. Mutige Kommentatoren gehen bereits so weit, im ironischen Ton eine feindliche Übernahme der deutschen Stromkonzerne durch den französischen Staat anzuregen.

Die französische Energiewende-Ministerin Agnès Pannier-Runacher kündigte Ende September auf einer Kernenergie-Konferenz der OECD in Paris an, der Stromkonzern Électricité de France (EDF), dessen Aktien sich seit Anfang Juni 2023 wieder zu 100 Prozent in der Hand des französischen Staates befinden, werde von nun an jährlich mindestens 20 Milliarden Euro in die Erhaltung und den weiteren Ausbau der Kernenergie investieren. Der neue EDF-Chef Luc Rémont hatte den Investitionsbedarf seines Konzerns kürzlich auf jährlich 25 Milliarden Euro geschätzt. Die französische Regierung hat den Bau von mindestens sechs neuen Kernreaktoren vom Typ EPR2 in den kommenden 20 Jahren angekündigt. Bis 2050 sollen es nach Möglichkeit sogar 14 sein. Allein daraus ergebe sich ein jährlicher Investitionsbedarf von mindestens drei Milliarden Euro. Die Strompreise sollen so gestaltet werden, dass EDF in der Lage ist, diese Investitionen zu finanzieren. Gleichzeitig sollen die Stromkunden vor untragbaren Preisen geschützt werden.

Eine vom elsässischen Abgeordneten Raphaël Schellenberger (Les Républicains) geleitete Enquete-Kommission, die über sechs Monate lang kompetente Persönlichkeiten wie Yves Bréchet (ehemaliger Hochkommissar für Atomenergie), Henri Proglío (ehemaliger Chef von EDF) und Loïc Le-Floch Prigent (ehemaliger Chef des Mineralölkonzerns Elf) sowie auch die ehemaligen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy und François Hollande anhörte, sah diesen Plan eher skeptisch. Zwischen 1990 und 2010 seien Fehler gemacht worden, die heute nur schwer korrigiert werden könnten.

Die erfolgreiche Umsetzung des Messmer-Plans des Ausbaus der Kernenergie habe die Illusion von Überkapazitäten erzeugt. Statt in die Modernisierung des Nuklear-Parks habe man dann massiv in die Entwicklung „erneuerbarer“ Zufallsenergien investiert. Währenddessen sei das nukleare Humankapital vernachlässigt worden. Das erkläre die Rückschläge beim Bau des ersten französischen EPR bei Flamanville in der Normandie, an dem 15 Jahre gebaut wurde. Es sei daher höchst zweifelhaft, ob es gelinge, bis 2050 alle zwei Jahre einen neuen EPR fertigzustellen (nach Philippe Charlez: „Les dessous d’une catastrophe énergétique“ (Editions Kiwi 2023)).

Extremwetter: Klimaforscher sollten den IPCC-Bericht lesen

geschrieben von Admin | 21. Oktober 2023

Stürme, Überschwemmungen, Dürren und Brände hätten wegen des Erderwärmung stark zugenommen, hört man immer wieder. Sogar Klimaforscher machen entsprechende Behauptungen. Falsch sind sie trotzdem – das sagt sogar das IPCC.

Von Peter Panther

Ende August war im Wissenschaftsmagazin «Einstein» des Schweizer Fernsehens diese Behauptung in einem Beitrag zum Klimawandel zu hören: «Extremwetterereignisse nahmen in den letzten Jahren enorm zu: Waldbrände, Dürren und Hitze, Fluten und Tornados. Kein Kontinent blieb verschont.»

Für durchschnittlich informierte Zuschauer mag das keine Überraschung gewesen sein. Schliesslich bekommt man in den Medien immer wieder gesagt, sogenanntes Extremwetter habe enorm zugenommen – wegen der Erderwärmung.

So titelte die «Zeit» im Oktober 2020: «Mehr Naturkatastrophen durch den Klimawandel». Die Zahl der Katastrophen habe sich laut einem UN-Bericht seit dem Jahr 2000 fast verdoppelt. Im September 2021 schrieb der Spiegel, die Zahl der Naturkatastrophen habe sich seit den 1970er-Jahren gar verfünffacht. Das zeigten Daten der Weltwetterorganisation.

«Was wir jetzt erleben, ist erst ein Vorgeschmack auf die Zukunft»

In der Tat reden selbst renommierte Klimaforscher von einem angeblichen Trend zu mehr Stürmen, Fluten und Dürren. Zu ihnen gehört Sonia Seneviratne, Klimaforscherin an der ETH Zürich. Vom «Tages-Anzeiger» liess sie sich Anfang Oktober in einem Artikel so zitieren: «Wir beobachten klar, dass es seit einigen Jahren deutlich mehr Extremereignisse gibt – und das ist konsistent mit allen Klimasimulationen.» Und es komme bald noch schlimmer: «Was wir jetzt erleben, ist erst ein Vorgeschmack auf die Zukunft.»

Seneviratne muss es wissen – sollte man meinen. Immerhin ist sie Hauptautorin des Kapitels über Extremereignisse im sechsten Sachstandsbericht des Weltklimarats (IPCC) von 2021. Dieser Bericht halte fest, «dass der Klimawandel bereits heute mehr Extremereignisse mit sich bringt», war im erwähnten Artikel des «Tages-Anzeigers» zu lesen.

Man reibt sich die Augen. So mag es auch dem amerikanischen Umweltforscher Roger Pielke jr. gegangen sein, als er tief im physikalischen Grundlagenteil des sechsten Sachstandsberichts des IPCC von 2021, genauer gesagt auf Seite 1856, auf eine einschlägige Tabelle stieß. Pielke berichtete mit einem Eintrag in seinem Blog über diese Tabelle .

IPCC: Bei den meisten Extremwetter-Kategorien kein Trend

Was sich daraus ablesen lässt, ist praktisch das Gegenteil von dem, was Wissenschaftler wie Sonia Seneviratne und viele Medien laufend behaupten: Es gibt bisher zwar tendenziell mehr Hitzewellen, höhere Ozeantemperaturen und weniger Meereis. Ansonsten sind aber keine Trends punkto Extremwetterereignissen feststellbar – nicht zu mehr Starkregen, zu mehr Dürren, zu mehr Feuerwetter, zu mehr tropischen Wirbelstürmen und auch nicht zu mehr Küstenüberschwemmungen. Und es gibt wenig Anzeichen, dass sich das in diesem Jahrhundert wesentlich ändert.

Table 12.12 | Emergence of CIDs in different time periods, as assessed in this section. The colour corresponds to the confidence of the region with the highest confidence: white cells indicate where evidence is lacking or the signal is not present, leading to overall *low confidence* of an emerging signal.

Climatic Impact-driver Type	Climatic Impact-driver Category	Already Emerged in Historical Period	Emerging by 2050 at Least for RCP8.5/SSP5-8.5	Emerging Between 2050 and 2100 for at Least RC8.5/SSP5-8.5
Heat and Cold	Mean air temperature	1		
	Extreme heat	2	3	
	Cold spell	4	5	
	Frost			
Wet and Dry	Mean precipitation		6 7	
	River flood			
	Heavy precipitation and pluvial flood			8
	Landslide			
	Aridity			
	Hydrological drought			
	Agricultural and ecological drought			
	Fire weather			
Wind	Mean wind speed			
	Severe wind storm			
	Tropical cyclone			
	Sand and dust storm			
Snow and Ice	Snow, glacier and ice sheet		9	10
	Permafrost			
	Lake, river and sea ice	11		
	Heavy snowfall and ice storm			
	Hail			
	Snow avalanche			
Coastal	Relative sea level		12	
	Coastal flood			
	Coastal erosion			
Open Ocean	Mean ocean temperature			
	Marine heatwave			
	Ocean acidity			
	Ocean salinity	13		
	Dissolved oxygen	14		
Other	Air pollution weather			
	Atmospheric CO ₂ at surface			
	Radiation at surface			

1. *High confidence* except over a few regions (CNA and NWS) where there is *low agreement* across observation datasets.
2. *High confidence* in tropical regions where observations allow trend estimation and in most regions in the mid-latitudes, *medium confidence* elsewhere.
3. *High confidence* in all land regions.
4. Emergence in Australia, Africa and most of Northern South America where observations allow trend estimation.
5. Emergence in other regions.
6. Increase in most northern mid-latitudes, Siberia, Arctic regions by mid-century, others later in the century.
7. Decrease in the Mediterranean area, Southern Africa, South-west Australia.
8. Northern Europe, Northern Asia and East Asia under RCP8.5 and not in low-end scenarios.
9. Europe, Eastern and Western North America (snow).
10. Arctic (snow).
11. Arctic sea ice only.
12. Everywhere except WAN under RCP8.5.
13. With varying area fraction depending on basin.
14. Pacific and Southern oceans then many other regions by 2050.

High confidence of decrease	Medium confidence of decrease	Low confidence in direction of change	Medium confidence of increase	High confidence of increase
-----------------------------	-------------------------------	---------------------------------------	-------------------------------	-----------------------------

(Quelle: IPCC, AR6 WG1, 2021, Seite 1856)

Konkret umfasst die Tabelle Befunde und Prognosen zu 33 sogenannten Klimatreiber-Kategorien. Die Tabelle fällt vor allem durch leere Felder

auf. Abzulesen ist entsprechend, dass es zu den meisten der Kategorien keinen Trend gibt – und bis 2050 oder sogar bis 2100 auch keinen geben wird. Und das gilt, selbst wenn man das unwahrscheinliche Emissions-Szenario RCP-8.5 des Weltklimarats unterstellt, gemäss dem der CO₂-Ausstoss in den nächsten Jahrzehnten noch stark ansteigen wird.

Die scheinbare Zunahme entsteht durch ein Wahrnehmungsproblem

Schaut man sich in der Tabelle die Extremwetter-Trends an, die satt blau (Zunahme) und satt orange (Abnahme) markiert sind – und damit einem Trend mit «hohem Vertrauen» entsprechen –, lässt sich wie erwähnt bisher nur eine Tendenz zu steigenden Luft- und Meerestemperaturen, zu mehr Hitze und zu abnehmendem Meereis ablesen. Bis Ende des Jahrhunderts kommen eventuell noch Veränderungen bei den Regenmengen und eine stärkere Versauerung der Ozeane hinzu. Sonst nichts!

Es gibt allerdings Statistiken, gemäss denen die Extremwetterereignisse in den letzten Jahrzehnten – anscheinend – zugenommen haben. In der Regel handelt es sich aber nicht um echte Trends, sondern um ein Wahrnehmungsproblem: Heute werden Naturkatastrophen viel zuverlässiger rapportiert als in vergangenen Jahrzehnten – darum die scheinbare Zunahme.

Einen solchen Fall hat kürzlich die «Welt» beschrieben: Es ging um die belgische Emergency Events Database (EM-DAT), die weltweit auf grosse Beachtung stösst. «Früher trafen nur spärlich Berichte ein», schrieb die Zeitung – und zitierte das Center for Research on the Epidemiology of Disasters, das die EM-DAT betreibt: «Es wäre irreführend, den Aufwärtstrend bei Wetterkatastrophen und deren Auswirkungen im Wesentlichen durch den Klimawandel zu rechtfertigen», hatte das Center bereits 2007 geschrieben.

Es geht um wohl um Ideologie statt um Wissenschaftlichkeit

Man mag die Berichte des Weltklimarats für massgebend halten oder auch nicht. Gerade Klimaforscher, die sonst immer auf die Arbeit des IPCC schwören, sollten sich aber – wenn schon – auch punkto Extremwetter an dessen Resultate halten. Und massgebend sind dabei nicht die Zusammenfassungen für Politiker, die nach politischen Gesichtspunkten verfasst werden, sondern die Grundlagenberichte des Weltklimarats.

«Lest Eure eigenen Berichte!», möchte man vermeintlichen Starforschern des IPCC wie Sonia Seneviratne also zurufen. Man bekommt jedenfalls den Eindruck nicht los, dass es ihnen mehr um Ideologie als um Wissenschaftlichkeit geht.

Anmerkung der Redaktion:

Und die deutsche Umweltministerin Steffi Lemke sagte zum Thema:

Bundesumweltministerin Steffi Lemke: „**Schon heute verursacht die Klimaerhitzung in Deutschland und Europa enorme Schäden. Hitze und Dürre, Starkregen und Hochwasser – Wetterextreme werden in Zukunft häufiger und zwingen uns zur Vorsorge und Anpassung an die Folgen der Klimakrise.** Deshalb hat die Bundesregierung das erste bundesweite Klimaanpassungsgesetz verabschiedet. Es schafft erstmals einen verbindlichen Rahmen für Bund, Länder und Kommunen.“

Quelle hier: Das rot markierte ist alles falsch, da erhebt sich die Frage: Liest man im Umweltministerium die IPCC Reports nicht, oder lügt man wider besseres Wissen?

Bundesregierung und EU treiben Energiekosten in die Höhe

geschrieben von Admin | 21. Oktober 2023

Trotz teurer und knapper Energie und Abwanderung der Industrie wird die preistreibende und Energie vernichtende Energiewende im Namen der Weltklimaretterung weiter getrieben.

Prof. Dr. Ing. Hans-Günter Appel

Inzwischen sollte es jedem klar geworden sein, der kritisch die Energiewende hinterfragt, sie wird mit jedem Schritt teurer. Ohne zunehmende Subventionen geht es nicht. Doch woher soll das Geld kommen, wenn durch die hohen Energiekosten die Wirtschaft nicht mehr wettbewerbsfähig ist und die Einkommen sinken? BP und Total haben daher ihre Pläne, mehr als 1.000 Windkraftanlagen in der Ost- und Nordsee zu bauen, auf Eis gelegt. Gleiches geschieht in England und an der Ostküste der USA. Die Investoren befürchten offensichtlich hohe Verluste, wenn die staatlichen Subventionen nicht mehr gezahlt werden können.

Energiewende-Gesetze verstoßen gegen die Physik

Doch die EU und die Bundesregierung treiben die Energiewende weiter.

Gesetze dazu werden von den rot-grünen Abgeordneten mit Hilfe der FDP gebilligt, selbst wenn sie gegen elementare physikalische Gesetze verstoßen. Das heißt, sie sind nicht durchsetzbar, auch wenn dafür beliebig viele Subventionen winken. Die Energieversorgung mit Wasserstoff ist dafür ein herausragendes Beispiel.

Das Heizungsgesetz spart weder Energie noch Geld

Auch das Gebäude-Energien-Gesetz (GEG), besser bekannt als Heizungsgesetz, gehört dazu. Hauseigentümer sollen die Heizungen auf Wärmepumpen umstellen und die Außenwände stärker isolieren. Für die vom Gesetz geforderten Umbauten wird weitgehend fossile Energie, vorwiegend Erdöl zum Antrieb von Maschinen und Kohle für die Metallherstellung, gebraucht. Nach frühesten 10 Jahren kann eine Energieersparnis erwartet werden. Bis dahin wird mehr Energie durch das Heizungsgesetz verbraucht. Bei den Kosten sieht es noch schlimmer aus. Die Umbaukosten von über 50.000 Euro pro Wohnung sind erst nach 50 Jahren durch die Heizkostenersparnis bezahlt. Rechnet man Zinsen dazu, ist eine Abzahlung nicht möglich. Das heißt, wirtschaftlich wird der Wohnungseigentümer enteignet. Das Heizungsgesetz soll nach massiven Protesten in Teilen erst später in Kraft treten. Doch von einer Änderung oder gar Aufhebung ist keine Rede.

Erhöhte Autobahn-Maut verteuert Lebensmittel

Die Verdopplung der Autobahn-Maut und Ausdehnung auf Lastwagen ab 3,5 Tonnen bei gleichzeitiger Erhöhung der CO₂-Steuer auf Treibstoffe um 10 auf 40 Euro/Tonne CO₂ im nächsten Jahr führt zu einer empfindlichen Verteuerung der Transportkosten. Die Preise für Lebensmittel dürften um 10 % steigen. Die weitere Verteuerung wird viele Unternehmen zum Aufgeben zwingen. In Frankreich würden solche Verordnungen zum Blockieren aller Fernstraßen mit LKW führen. Werden wir das auch Deutschland erleben?

CO₂-Bepreisung und Energiewende verdoppeln Stromkosten

Ganz schlimme Wirkung hat die CO₂-Bepreisung. Nach den Vorstellungen der grünen Gutmenschen soll dadurch fossile Energie unbezahlbar werden. Die Energieversorgung für unser Industrieland würde dann auf dem vom Wetter abhängigen Wind- und Solarstrom basieren. Wie dieser schwankende Strom, der weder planbar noch regelbar ist (Fakepower), ein stabiles Stromnetz aufbauen soll, ist das Geheimnis der Gesetzgeber. Die Stabilisierung des Netzes mit grünem Wasserstoff ist eine Utopie. Die Kosten und die Energieverluste zur Erzeugung, Speicherung und Wiederverstromung von

grünem Wasserstoff sind nicht tragbar.

Die CO₂-Bepreisung treibt die Energiekosten kräftig in die Höhe. Emissionskosten von 10 Euro/Tonne CO₂ erhöhen die Gestehungskosten (Kosten ohne Gewinn) von Kraftwerkstrom um einen Cent/Kilowattstunde (ct/kWh). Das sind etwa 20 %. Treibstoffe werden rund 4 ct/Liter teurer (2,5 %). Bei Erdgas sind es 0,3 ct/kWh (3,5 %). Die Basis für die Prozentangaben von Treibstoff und Erdgas sind die Endpreise, die der Verbraucher bezahlt. Die grüne Bundesregierung plant steigende CO₂-Abgaben bis zu 300 Euro/Tonne. Jeder mag selbst ausrechnen, welche Preise er dann zahlen muss. Hinzu kommt immer noch die Mehrwertsteuer.

„Experten“ glauben, mit einer Abscheidung von CO₂ und Verpressung in tiefen Erdschichten könne Strom aus fossil gefeuerten Kraftwerken wieder billiger werden, denn dann würden keine CO₂-Emissionskosten anfallen. Doch das entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Unsinn. Der Energieaufwand für die Abscheidung aus dem Rauchgas, die Verflüssigung, der Transport und die Verpressung verbrauchen rund 50 % der Kraftwerksleistung. Diese Idee fordert die doppelte Kraftwerkskapazität und den doppelten Brennstoffeinsatz. Energie wird im großen Stil vergeudet.

Der zuständige Wirtschaftsminister Habeck will an der steigenden CO₂-Bepreisung festhalten. Die Einnahmen im zweistelligen Milliardenbereich sollen in den Klima- und Energiefonds fließen, der seinem Ministerium zugeordnet ist. Aus diesem Fonds werden die Subventionen für Fakepower und viele Programme zur Durchsetzung der Energiewende bezahlt. Insgesamt stehen über 50 Milliarden jährlich zur Verfügung.

Steigende Stromverluste durch die Energiewende

Die immer teurer werdende Energiewende wird weiter getrieben mit immer mehr Energieverlusten. Von Energieeffizienz kann keine Rede sein. Mit dem Bau weiterer Fakepower-Anlagen gibt es bei Starkwind und Sonnenschein immer häufiger Strom über den Bedarf hinaus. Um das Netz nicht zu überlasten, muss der überschüssige Strom kostenpflichtig entsorgt werden (negative Börsenpreise). In diesem Jahr war das nach einer Aufstellung von Rolf Schuster, Vernunftkraft, bereits an mehr als 190 Stunden der Fall. Die Entsorgungskosten liegen deutlich über 100 Millionen Euro. Auch der nicht brauchbare Überschussstrom trägt zur Steigerung der Stromkosten bei.

Politische Entscheidungen verdoppeln Stromkosten

Der größte Teil unserer Energiekosten sind staatliche Abgaben, und Energieverluste. Neben direkten Steuern sind es vor allem die

Subventionen zur Stützung und zum Vorantreiben der Energiewende. Die Energiewende ist der Hauptkostentreiber. Ohne sie würden die Kosten mehr als halbiert, Deutschland wäre wieder weltweit wettbewerbsfähig. Doch noch immer meint die Mehrheit der Deutschen nach Medienberichten, die Energiewende sei zur Weltklimarettung notwendig. Die Profiteure der Energiewende haben gut gearbeitet. Mit Indoktrination und Schüren der Angst vor einem Weltuntergang wird kritisches Denken verhindert. So kann weiter abkassiert werden.

Prof. Dr. Appel ist Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz

Die Pläne der deutschen Schönrechner

geschrieben von Admin | 21. Oktober 2023

Es wird nicht gebaut, was die Bauministerin plant, aber sie hält an den Plänen fest. Auch bei Energie- und Wärmewende wird konsequent an Plänen festgehalten, die nicht funktionieren können. Aber im Schönrechnen entwickeln ihre Planer eine wahre Meisterschaft.

von Manfred Haferburg

Das Bauwesen, es entwickelt sich. Muss ja. Jedes Jahr wandern ein paar hunderttausend „Ankommende“ ein. Und die müssen ja irgendwo wohnen. Die Platte lässt grüßen. Oder das große Zusammenrücken.

Klara Geywitz, SPD, ist ihres Zeichens die Bundesbauministerin. Großspurig kündigt sie seit Jahren an, dass der Bund jährlich 400.000 Wohnungen bauen wird. Nun ja, abgesehen davon, dass Geywitz und die ganze Ministerriege der Ampel noch nicht einmal eine einzige Wohnung hinbekommen würden, weil sie mit Sicherheit keine Maurerkelle halten könnten, wer hätte schon den Mut, in eine von Ministerhand erbaute Wohnung einzuziehen?

Aber auch das politische Ziel von 400.000 wird, von Jahr zu Jahr schlimmer werdend, weit verfehlt. Und was meinen die Frau Bauministerin dazu? „*Ich gehe nicht davon aus, dass dieses Ziel 2022 und 2023 erreichbar ist*“. Und dann kommt es: „*Für die Zukunft wollen wir aber daran festhalten*“. Sie will „*durch Vorfertigung und Digitalisierung 2024 und 2025 an diese Zahl herankommen*“.

Das ist so, als wäre ich seit Jahren im ausgeschöpften Dispo und halte trotzdem an dem Ziel fest, nächstes Jahr mehr Geld als Elon Musk auf dem Konto zu haben. Aber Frau Geywitz ist nicht allein im Taka-Tuka-Land, die ganze Ministerriege hat sich dahin verbarrikadiert, einschließlich Olaf dem Vergesslichen.

Die Bundesregierung hält an ihren Ausbauzielen der Energiewende fest. Welt-Online: „Trotz des Fachkräftemangels und einer sich abschwächenden Marktdynamik sieht die Bundesregierung den Wärmepumpenhochlauf auf einem guten Weg. Am Ziel von 500.000 neu installierten Wärmepumpen pro Jahr ab 2024 wird festgehalten, dafür seien Qualifikation und Weiterbildung „wichtige Handlungsfelder“, teilte das Bundeswirtschaftsministerium anlässlich des Wärmepumpengipfels mit.“ 500.000 Wärmepumpen pro Jahr, macht 1.370 Wärmepumpen pro Tag, einschließlich Ostern und Weihnachten. Die Förderanträge aber sind um 50 Prozent eingebrochen.

„Wir sind zum Erfolg verdammt“

Auch die hochtrabenden Ziele bei den Elektroautos werden um Galaxien verfehlt. Geplant waren 15.000.000 Elektroautos bis 2030, macht 6.000 Neuzulassungen von Elektroautos pro Tag, einschließlich Ostern und Weihnachten. Der Verkauf von Elektroautos ist 2023 dramatisch eingebrochen, er hat sich fast halbiert.

Klimaschutzminister Robert Habeck mit Blick auf die Fortschritte beim Ökostromausbau. *„Wir sind noch lange nicht durch. Aber wir haben große Gesetze gemacht, etliche große und kleine Stellschrauben gedreht, um Verfahren zu vereinfachen, Bürokratie schrittweise hinter uns zu lassen und schneller zu werden“.* 30 Gigawatt Windenergie auf See bis 2030 sind geplant, macht drei 5 MW Offshore-Windräder pro Tag einschließlich Ostern und Weihnachten. Derzeit schafft man 11 Prozent vom geplanten Tempo.

Insgesamt 115 Gigawatt Windenergie an Land bis 2030, macht 5 neue Windenergieanlagen 5 MW pro Tag, einschließlich Ostern und Weihnachten. Derzeit schafft man 35 Prozent vom geplanten Tempo. Dadurch steigt die Anzahl der täglich zu bauenden Anlagen, verglichen mit der Planung, immer mehr an. Der „Ausbau-Stau“ beträgt zum 20.09.2023 etwa 1,2 Gigawatt. Um ehrlich zu sein: Ich bin im Interesse unserer Landschaften froh, dass sie bei der Umsetzung dieses Irrsinns nicht richtig vorankommen.

22 Gigawatt Solarpaneele sollen pro Jahr bis 2030 installiert werden. Hier kann man nur schätzen, das sind so um 500 Solaranlagen pro Tag. Eine nähere Betrachtung erübrigt sich, da auch künftig nachts in Deutschland keine Sonne scheint, besonders im Winter.

Habeck hat mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze gefordert: *„Wir brauchen eine Halbierung der Planungs- und Genehmigungszeiten für den Netzausbau“*, sagte der Grünen-Politiker beim Besuch des Umspannwerks Heide der neuen schleswig-holsteinischen Westküstenleitung in Wöhrden. *„Wir sind zum Erfolg verdammt.“* Na, denn man los, Robert: 7.000 km Hochspannungsleitungen sind bis 2030 zu bauen. 1.800 km wurden bisher seit 2018 – nämlich als Altmaier den Netzausbau zur Chefsache erklärte – fertiggestellt. Das meiste ist noch nicht einmal genehmigt. Statt 300 km

pro Jahr müssten ab sofort über 1.000 km pro Jahr gebaut werden.

Für „Dunkelflauten“ sollen neue Wasserstoff- und Gaskraftwerke gebaut werden. Denn es gebe immer auch Phasen, wo Wind und Sonne nicht ausreichen, so Habeck. Dann sollten „steuerbare“ Kraftwerke als „Backup“ einspringen, um die Stromnachfrage zu decken. Die Versorgungssicherheit werde immer an oberster Stelle stehen.

Sondervermögen und Hybridkapital

Gleich 30 Gigawatt Strom will der Bundeswirtschaftsminister mit CO2-freien Wasserstoff-Kraftwerken erzeugen. Knapp neun Gigawatt sollen reine Wasserstoff-Kraftwerke liefern, 15 Gigawatt Hybrid-Anlagen, die erst noch mit Erdgas, ab 2035 dann mit Wasserstoff betrieben werden. 30 Gigawatt neue Gaskraftwerke bis 2030, macht so um 100 neue Gaskraftwerke. Das sind um 15 neue Gaskraftwerke der 300-MW-Klasse pro Jahr. Doch auch diese Plan-Zahlen sind völlig belanglos: Es gibt weltweit nur eine Handvoll Hersteller, die diese Gaskraftwerke bauen können. Wollen etwa die Minister selber Hand anlegen? Die H2-Ready-Gaskraftwerke sind noch nicht mal erfunden, es gibt noch keine Investoren, keine Projekte, ja nicht einmal Ausschreibungen. Aber der Robert gibt die Parole aus: *„Wir sind zum Erfolg verdammt“*. Tja, lieber Robert Habeck, Ihr seid zum Erfolg verdammt, weil Ihr die Brücken für den Rückzug hinter Euch in die Luft gejagt habt.

Die Schuldenbremse wird mit Sondervermögen und Hybridkapital eingehalten. Die Bahn wird ab 2070 pünktlich im Deutschlandtakt fahren. Die Zahl der Flüchtlinge wird durch Lebensverbesserungen in ihren Heimatländern begrenzt. Und die Welttemperatur wird auf 1,5 Grad konstant gehalten – von einem Land, das ganze zwei Prozent zum menschengemachten Ausstoß beiträgt. Die Liste der Polit-Illusionisten könnte endlos fortgesetzt werden. Die Leser können ja in den Zuschriften weitere Beispiele nennen. Politiker können nicht einmal realistisch planen, doch tönen sie *„für die Zukunft wollen wir aber daran festhalten“*. Einstein soll gesagt haben: *„Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.“*

Früher nannte man Menschen, die unhaltbare Ziele herausposaunten, einfach Maulhelden, Scharlatane oder schlicht Irre. Später nannte man sie Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei der DDR. Die planten so lange, bis der Sand in der Wüste knapp wurde. Ich nenne solche Maulhelden schlicht *„Thekentänzer“*. Und die schönrechnenden Thekentänzer werden aber leider zehntausende kleine Leute ruinieren, weil sie sich allein bei der Wärmepumpe für angebliche 20.000 Euro um den Faktor 10 verrechnet haben. Es kostet nämlich 200.000 Euro. Und wer hat die schon. Blackrock reibt sich schon die Hände.

Bertolt Brecht hat für solche Leuchten einen treffenden Vers geschmiedet:

„Ja mach nur einen Plan

*Sei nur ein großes Licht
Und mach dann noch ,nen zweiten Plan
Gehn tun sie beide nicht.“*

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT [hier](#)